

Antwort auf die Fragen der Bürgerinitiative Pro Leinetal

Beccs Riley Runge – Parteilos

Zur Kommunalwahl 2026 – Themen Flächenmanagement und Gewerbeentwicklung

Zu Frage 1 - Nutzung „Über dem Pfingstanger“

Ich halte den Erhalt der Fläche als landwirtschaftliche Nutzfläche für vorzugswürdig. Sie ist nicht ohne Grund als „Vorranggebiet Landwirtschaft“ ausgewiesen und angesichts von Flächenverbrauch, Klimakrise und Ernährungssicherheit sehe ich die Umwandlung in ein interkommunales Gewerbegebiet kritisch, zumal Alternativstandorte im Gespräch sind. Dies müsste abgewogen werden. Zugleich ist mir wichtig: Bodenerhalt betrifft auch die Art der Bewirtschaftung. Wasserknappheit und Erosion belasten die Böden zunehmend; landwirtschaftliche Betriebe müssen sich an die Folgen der Klimakrise anpassen und brauchen dafür Unterstützung aus Stadt- und Kreistag.

Zu Frage 2 - Alternativen zum Bauen auf der grünen Wiese

Ja. Ich sehe zwei Hebel. Erstens flächenseitig: Vorrang für Innenentwicklung, bestehende Gewerbestandorte, Leerstände und Brachen, bevor neu versiegelt wird (siehe Frage 4). Zweitens strukturell und mit Blick auf die Wertschöpfung: Im Landkreis Northeim liegt die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem in beiden Sektoren unter dem Bundesschnitt: Im produzierenden Gewerbe mit rund 63 Prozent besonders deutlich, im Dienstleistungsbereich mit rund 84 Prozent nicht ganz so extrem. Die industrielle Basis der Region ist dabei überwiegend von produzierenden Betrieben mit eigener Fertigung geprägt (u. a. Verpackung, Kunststoff, Zulieferindustrie). Für mich heißt das: Northeim braucht nicht einfach mehr Fläche für flächenintensive, aber wertschöpfungsschwache Nutzungen, sondern eine gezieltere Ansiedlungsstrategie, die die Wertschöpfung je Arbeitsplatz und gute Löhne in den Mittelpunkt stellt. Eine weitere Logistik- oder Lagernutzung im Niedriglohnbereich würde tendenziell genau das Segment ausbauen, das ohnehin unterdurchschnittlich zur regionalen Wertschöpfung beiträgt, dabei aber viel Fläche verbraucht.

Zu Frage 3 - Reduzierung der Flächenneuversiegelung

Ja, dafür setze ich mich ein. Konkrete Maßnahmen möchte ich Ihnen erst dann benennen, wenn ich als Mandatsträger:in den nötigen Einblick in Haushalt, Planungsstand und rechtliche Spielräume habe. Ich möchte keine vollmundigen Versprechen geben, ohne belastbare Fakten zu haben. Die Richtung ist für mich aber klar: Innenentwicklung vor Außenentwicklung und Neuversiegelung nur, wo Bestand und Brache wirklich ausgeschöpft sind.

Zu Frage 4 - Leerstände und Brachflächen reaktivieren

Ja. Hier sehe ich einen der überzeugendsten Ansätze. Vorhandene Flächen sowie leerstehende Hallen und ehemalige Produktionsorte vorrangig zu reaktivieren und zu vermitteln, bevor neu auf der grünen Wiese gebaut wird, wäre für mich der logische erste Schritt. Ein systematisches Leerstands- und Brachflächenkataster als Planungsgrundlage halte ich für sinnvoll. Dabei möchte ich auch vorausschauend arbeiten: Wenn sich abzeichnet, dass Betriebe Standorte verkleinern oder aufgeben, sollte die Kommune frühzeitig planen, wie solche Flächen nachgenutzt werden können. Details zur Umsetzbarkeit muss ich mir aus dem Rat heraus erst erschließen.

Zu Frage 5 - Verbindliche Vorgaben für Bodenschutz in Bau-, Planungs- und Regionalrecht

Ja. Bodenschutz scheitert auf kommunaler Ebene oft am fehlenden verbindlichen Rahmen. Freiwillige Ziele reichen nicht, wenn gleichzeitig der Druck zur Flächenausweisung hoch ist. Verbindliche Vorgaben in Baugesetzbuch, Landesbauordnung, Landesplanung und Regionalplänen würde ich unterstützen und in den mir zugänglichen Gremien einbringen.

Zu Frage 6 - Sensibilisierung für den Wert des Bodens

Ja. Niedrigschwellig vorstellbar sind für mich mehr Transparenz über den Flächenverbrauch im Rat, etwa eine regelmäßige öffentliche Bilanz zur Bodenversiegelung, sowie die frühe und ernsthafte Einbindung von Initiativen wie Ihrer in Planungsprozesse. Sensibilisierung entsteht am ehesten dort, wo Menschen sehen, welche Fläche konkret auf dem Spiel steht.

Zu Frage 7 - Entwicklung des Gebiets, falls ich dafür wäre

Da ich die Erschließung kritisch sehe (siehe Frage 1), entwerfe ich hierfür bewusst keine Ausbauvision.

Ergänzend:

Die Gewerbesteuerkraft im Landkreis liegt mit rund 68 Prozent des Landesschnitts deutlich unter dem Durchschnitt, während die Beteiligung an der Einkommensteuer mit rund 94 Prozent fast auf Landesniveau liegt. Die Region ist also bei den Wohnereinkommen nah am Schnitt, aber die Gewerbesteuerbasis ist schwach. Genau deshalb kommt es auf die Qualität der Ansiedlung an. Beim Panattoni-Vorhaben steht zudem die Frage im Raum, wie viel Gewerbesteuer der Stadt tatsächlich zufließt, wenn Flächen weitervermietet werden und die Wertschöpfung überwiegend im Niedriglohnbereich liegt. Diese Frage möchte ich vor jeder Zustimmung belastbar geklärt sehen. Aus meiner - auch gewerkschaftlich geprägten - Sicht muss der Maßstab sein, ob ein Vorhaben gute Arbeit, echtes Steueraufkommen und einen Mehrwert für Northeim bringt und nicht bloß Fläche verbraucht. Gerade weil die Wertschöpfung je Arbeitsplatz in der Region unter dem Bundesdurchschnitt liegt und viele Menschen zum Arbeiten auspendeln, sollte jede neue Ansiedlung an der Frage gemessen werden, ob sie diesen Rückstand verkleinert oder ihn vergrößert.

Datengrundlage

Wirtschafts- und Beschäftigtendaten: komsis / regio gmbh, Standortprofile Stadt und Landkreis Northeim (Beschäftigung Stand 30.06.2025; Bruttowertschöpfung und BIP 2023; Gewerbesteuer- und Einkommensteuereinkennzahlen 2024). Hebesatz Gewerbesteuer 410 % (Stadt Northeim, 2023). Demografie: Wegweiser Kommune / Bertelsmann Stiftung. Wertschöpfungs-, BIP-, Gewerbe- und Pendlerzahlen beziehen sich auf den Landkreis Northeim; Hebesatz und Unternehmensstruktur auf die Stadt Northeim.